



**Stadt Bern**  
Gemeinderat

Erlacherhof, Junkerngasse 47  
Postfach 3000 Bern 8

Telefon 031 321 62 16  
Fax 031 321 60 10  
stadtkanzlei@bern.ch  
www.bern.ch

Schweizerischer Städteverband (SSV)  
Frau Renate Amstutz, Direktorin  
Florastrasse 6  
3000 Bern 6

Bern, 12. Mai 2010

**Finanzierung der schweizerischen Eisenbahnstruktur (SBB und Privatbahnen) und die Leistungsvereinbarung Bund-SBB für die Jahre 2011 - 2012; Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Amstutz

Der Gemeinderat dankt Ihnen für die mit Schreiben vom 27. April 2010 eingeräumte Gelegenheit, zur genannten Vernehmlassung des Bundesamts für Verkehr Stellung zu nehmen. Gleichzeitig unterstützt er Ihre Intervention beim Bund betreffend Missachtung der Mitwirkungsrechte der Städte.

Zu den Inhalten des Geschäfts nimmt der Gemeinderat wie folgt Stellung:

*1. Gewährleistung der Substanzerhaltung*

Für den Substanzerhalt ist im Entwurf der Leistungsvereinbarung eine Erhöhung der Mittel um 160 Mio. Franken pro Jahr vorgesehen. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen, sind doch die Mängel in diesem Bereich seit längerem deutlich spürbar. Es stellt sich allerdings die Frage, ob der Mehrbedarf an Mitteln realistisch eingeschätzt worden ist. Der Gemeinderat bezweifelt dies insbesondere in denjenigen Bereichen, in denen Kürzungen vorgesehen sind, wie etwa den Sparten „Zugbeeinflussung“ und „Zugsicherung“.

Die Stadt Bern leidet in diesen Bereichen seit längerem unter den negativen Auswirkungen sistierter Substanzerhaltungsmassnahmen; damit sind erhebliche Kapazitätseinschränkungen und ein Angebotsabbau im S-Bahnverkehr auf den Hauptstrecken verbunden. So musste beispielsweise 2006 der Halt Ausserholligen auf der S1 Bern-Fribourg gestrichen werden, weil die veraltete Streckenblocksicherung auf dem Abschnitt Oberwangen-Niederwangen keine weitere Verkürzung der Zugfolgezeiten erlaubt. Der ursprünglich per 2012 in Aussicht gestellte Ersatz der fraglichen Streckenblocksicherung ist unterdessen auf 2016 verschoben worden.

Der Gemeinderat schlägt in diesem Zusammenhang vor, dem Bundesamt für Verkehr eine Überprüfung der Leistungsvereinbarung zu beantragen. Konkret geht es um die Frage, ob der Substanzerhalt mit den geplanten Mitteln auch hinsichtlich S-Bahn- und Regionalverkehr in einem sinnvollen Zeithorizont gewährleistet ist. Gegebenenfalls wären die dafür vorgesehenen Mittel zu erhöhen.

## 2. Gleichbehandlung der Landesteile und Regionen bei den Erweiterungsinvestitionen

Im Entwurf zur Leistungsvereinbarung sind insgesamt 215 Mio. Franken für Erweiterungsinvestitionen vorgesehen. Mehr als ein Drittel der unter diesem Titel zur Verfügung stehenden Mittel sind allein für die Durchmesserlinie Zürich vorgesehen. Weitere 226 Mio. Franken sind für dieses Projekt in der künftigen Leistungsvereinbarung reserviert (vgl. S.12 der Leistungsvereinbarung).

Der Gemeinderat zieht den Bedarf des Projekts Durchmesserlinie Zürich nicht in Zweifel. Nicht akzeptierbar ist hingegen, dass dringende Erweiterungsinvestitionen in der Hauptstadtregion Schweiz auf die lange Bank geschoben werden. Mit einem Verzicht auf das Vorprojekt für die Erweiterung der Personenanlagen im Bahnhof Bern und auf die Realisierung der Kapazitätserweiterung Bern-Ost würde die auch für den Fernverkehr dringend nötige Leistungssteigerung des Knotens Bern weiter verzögert, mittelfristig droht sogar der Abbau bestehender Intercity-Angebote (vgl. Botschaft S. 30: Tabelle zurückgestellte Projekte). Die Ungleichbehandlung des politischen Zentrums der Schweiz ist für die Stadt Bern nicht tolerierbar.

Der Gemeinderat regt deshalb an, dem Bundesamt für Verkehr eine Überprüfung der unter Artikel 26 für Erweiterungsinvestitionen reservierten Mittel zu beantragen. Es ist dabei vom Bund nachzuweisen, dass Projekte für Kapazitätssteigerungen in allen Landesteilen und grossen Regionen in vergleichbaren Dimensionen finanziert werden. Die Vorprojekte für die Erweiterung der Personenanlagen im Bahnhof Bern und für die Realisierung der Kapazitätserweiterung Bern-Ost müssen in die Liste der Erweiterungsinvestitionen 2011 - 2012 aufgenommen werden. Nötigenfalls sind die dafür vorgesehenen Mittel entsprechend zu erhöhen.

Der Gemeinderat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen



Alexander Tschäppät  
Stadtpräsident



Dr. Jürg Wichtermann  
Stadtschreiber